

# Dokument der Unmenschlichkeit<sup>1</sup>

## Zum Ende der jüdischen Gemeinde Witzenhausen

von Matthias Roeper

Im Witzenhäuser Stadtarchiv werden so ziemlich alle Facetten der bald 800jährigen Stadtgeschichte für die Nachwelt bewahrt: Urkunden, Zeitungen, historische Stadtpläne, Fotos, Akten, Nachlässe oder auch Vereinsunterlagen. Hin und wieder gibt es unter den vielen tausend Archivalien einige, die man gern verdrängt und selten zur Hand nimmt, denn sie führen den Benutzer in dunkle Kapitel von Stadt- und deutscher Geschichte. Dazu gehört im umfangreichen Bestand der sog. „Ruheak-

ten“ vor allem der schmucklose und zum Teil schon durch die Jahrzehnte in Mitleidenschaft gezogene Ordner mit der Signatur RA 1913.

Die im städtischen Altaktenplan unter der ursprünglichen Signatur XI B4/C1 und der Bezeichnung „Juden“ geführte Akte beginnt im Juni 1938 sinnigerweise mit der „Verfügung zur Anmeldung des Vermögens der Juden“ und diversen Listen und Statistiken. Zu nennen sind in diesem Kontext die Mitglieder der Witzenhäuser Synagogengemeinde, das sog. „Verzeichnis der Judenhäuser zu Witzenhausen“ bzw. ganz allgemein ein „Verzeichnis über die in Witzenhausen wohnhaften Juden“, das am 1. Oktober 1938 noch 85 Namen umfasst.

Weiter geht es dann mit den Geschehnissen der Pogromnächte und der mit Akribie und deutscher Gründlichkeit durchgeführten Beschreibung des letzten Teils eines Leidensweges, der die Witzenhäuser jüdischen Glaubens

<u>Verzeichnis</u> der Judenhäuser in Witzenhausen.						
Lfd. Nr.	S t r a ß e	Nr.	Eigentümer	Grundbuch		Einheitswert
				Bd.	Bl.	
1.	Am Markt	8	Stockhausen, Siegm.	40	2	24.600,-
2.	Marktgasse	7	Katz, Julius	59	603	19.000,-
3.	Ermschwerderstr.	16	Grünbaum, David	55	494	14.700,-
4.	Brückenstrasse	13	Nathan, Salli	76	1191	16.800,-
5.	Brückenstrasse	16	Kugelmann, Moses	69	955	22.300,-
6.	Langemarckstr.	22	Jüdische Gemeinde (Schulhaus)	48	318	12.300,-
7.	Gelsterstrasse	16	" " (Synagogendienerh.)	48	318	3.310,-
8.	Gelsterstrasse	18	" " (Synagoge)	48	318	6.600,-
9.	Adolf Hitlerstr.	7	Hecht, K.&L.	77	1253	16.600,-
10.	Walburgerstrasse	8	Kugelmann, S.	62	692	28.200,-
11.	Walburgerstrasse	30	Katz, Moritz & Karl	59	607	33.200,-

Liste des jüdischen Hausbesitzes, 1938

mit tatkräftiger Hilfe ihrer „Mitmenschen“ – dieser Begriff steht hier nicht ohne Absicht in Anführungszeichen – aus ihrer Geburts- und Heimatstadt über das KZ Riga in die Gasöfen von Auschwitz und Maydanek geführt hat.

Erhalten geblieben ist in dieser 1000 Blätter dicken umfangreichen Akte alles, was mit der damaligen jüdischen Bevölkerung in unserer Stadt zusammenhing: Namenslisten der Synagogengemeinde, Adressen, Größe und Wert des Hausbesitzes, Höhe des sonstigen Vermögens, wohin ausgewandert, wann und wohin deportiert.

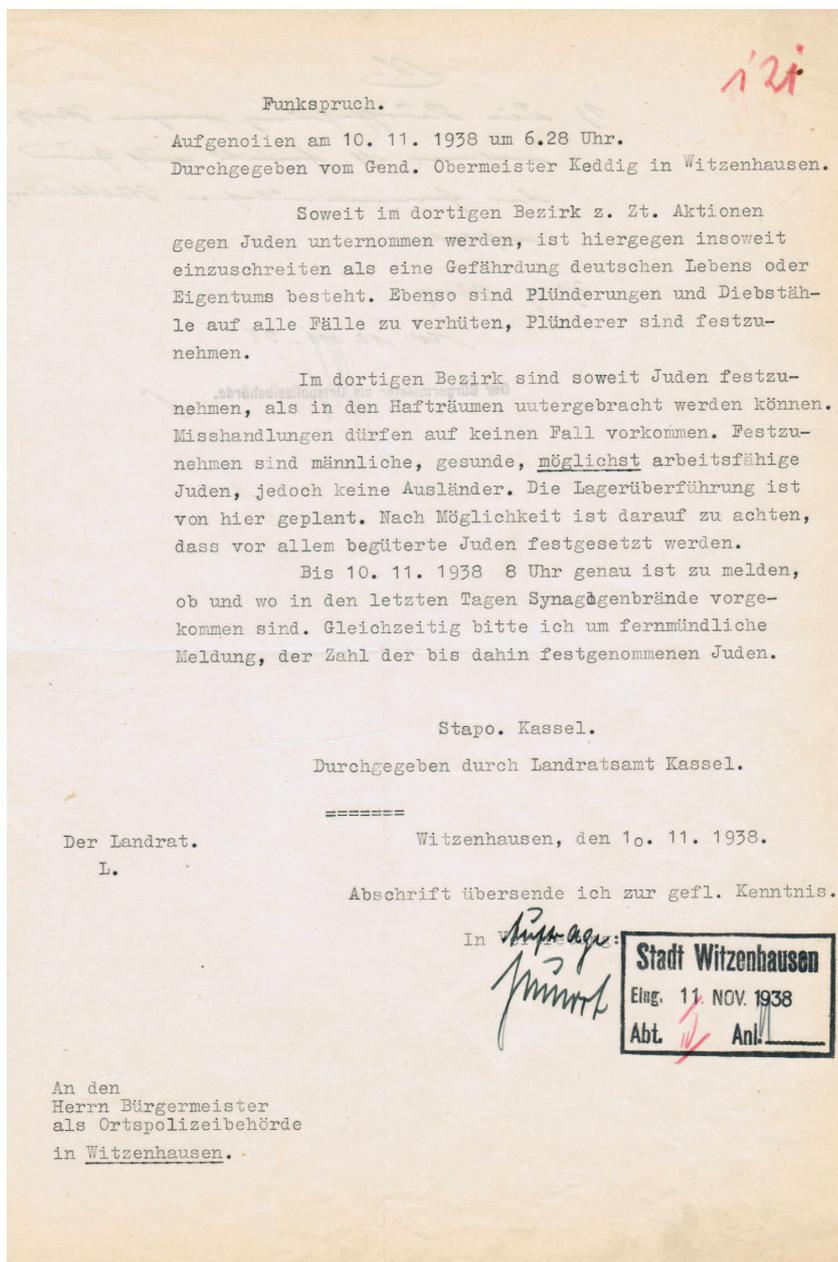
Besonders intensiv und in allen entlarvenden Einzelheiten werden zudem Ablauf und Folgen der Pogromnächte des Novembers 1938 dokumentiert. Die – wie es hier heißt – „fernmündlichen Anordnungen der Stapodienststelle Kassel“ sind dabei ebenso abgeheftet wie die auf Blatt 113 dokumentierte Anweisung des Landrats „Nach Möglichkeit ist darauf zu achten, dass vor allem begüterte Juden festgenommen werden“.

Übrigens ist besagter Landrat Dr. Gerber als sog. „alter Kämpfer“ und NSDAP-Mitglied seit 1930 in einem der ersten Spruchkammerverfahren des Jahres 1947 als „Minderbelasteter“ zu 800 Reichsmark Geldstrafe und 2 ½ Jahren Bewährungsfrist verurteilt worden. Dieses Urteil ist nicht nur eine Randnotiz, sondern symptomatisch für die Aufarbeitung der NS-Zeit und die frühe Geschichte der späteren Bundesrepublik Deutschland.

Die Akte enthält Denunziationen, Verfügungen zur „Entjudung landwirtschaftlichen Grundbesitzes“ bis hin zur Verfügung über die Verwertung des Letzten, was von den jüdischen Mitbürgern in Witzenhausen im Sommer 1943 noch übrig geblieben war – „9 Fahrräder aus Judenbeständen“ vom 25. Juni 1943.

Diese Akte verströmt in ihrer bürokratischen Eiskälte ein Grauen, das dem Leser nach der Lektüre fast den Atem raubt – zur Beantwortung der Frage „wie das damals bloß geschehen konnte“ ist sie unverzichtbar.

Bevor wir uns diesem „Dokument der Unmenschlichkeit“ ausführlich zuwenden, lassen Sie mich zur besseren lokalen Verortung des jüdischen Lebens einen kurzen Blick auf die Geschichte



Funkspruch vom 10. November 1938

der hiesigen jüdischen Gemeinde bis ins Jahr 1933 und den anschließenden Weg der Entrechtung bis zum November 1938 werfen.

### Kurze historische Einordnung

Seit 1414 gab es hier Juden, eine regelrechte jüdische Gemeinde lässt sich ab 1622 sicher nachweisen, drei Jahre später folgte die Einrichtung eines Landesrabbinats, das bis 1772 seinen Sitz hier hatte und auch als Rechtsinstanz für innerjüdische Streitigkeiten und in Zeremonialfragen zuständig war. Dem Rabbinat angeschlossen war eine Talmudschule, an der bis zu fünf Schüler unterrichtet werden konnten – Witzenhausen galt damals als Zentrum israelitischer Gelehrsamkeit in Hessen.

Von einer Synagoge ist schon 1622 und 1679 die Rede, ab Mitte des 18. Jahrhunderts kennen wir auch ihre Lage, die sich bis zum Stadtbrand des Jahres 1809 auf dem Grund-

stück der heutigen Carl-Ludwig-Straße 11 lokalisieren lässt. Die neue Synagoge ist nach dem Brand im Bereich Ecke Steinstraße/ Gelsterstraße errichtet worden.

Direkt neben der Synagoge entstand das Schulhaus, in dem sich seit 1842 auch das Frauenbad befand. Den jüdischen Friedhof in der Nähe der Gelstermündung gab es bereits seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und er hat mit seinen Gräbern – das älteste datiert aus dem Jahr 1694 – wie durch ein Wunder die Naziherrschaft schadlos überstanden.

Erstmals im Königreich Westphalen und dann endgültig nach der Annexion Kurhessens durch Preußen 1866 erhielten die jüdischen Mitbürger die volle Gleichberechtigung. Damit war man dann auch in die Bürgerschaft integriert, gründete eigene Vereine und entsandte z. B. den Lehrer der jüdischen Schule in den Erntefestausschuss und später in die Stadtverordnetenversammlung.



Luftaufnahme von Witzenhausen aus den 1930er-Jahren mit Synagoge



*Gebäude des jüdischen Schulhauses, 1938*

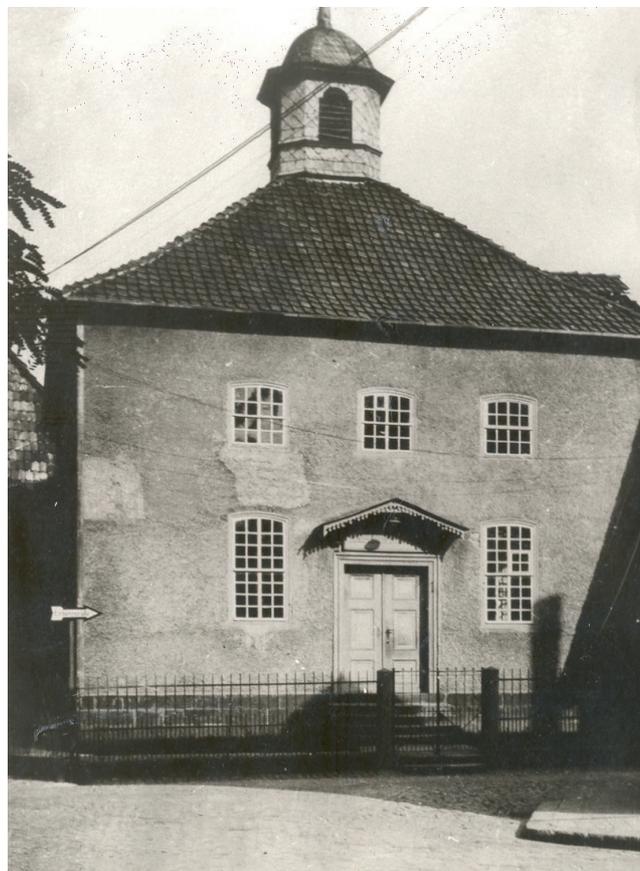
Die Anzahl der Einwohner „mosaischer Religion“ stieg von 175 im Jahr 1835 auf 201 im Jahr 1871, um dann bis 1905 wieder auf 117 zu sinken. Auf diesem Niveau bewegte sie sich bis zum Beginn der Nazi – Herrschaft. Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse konnte man allgemein als gut bezeichnen und die Berufsstruktur war schon im 19. Jahrhundert relativ breit gefächert, denn neben den obligatorischen Handelsberufen (Vieh-, Pferde- und Tuchhändler) waren einige jüdische Familien auch im Handwerk tätig. Neben den Kugelmanns waren sehr oft die Namen Ballin, Trepp, Wallach, Katz, Blumenfeld, Nathan und Grünbaum vertreten.

Die Talmudschule brachte eine ganze Reihe bekannter Gelehrter hervor, aber auch als Händler und Unternehmensgründer machten Witzenhäuser Juden sowohl national – wie ein Zweig der Kaufhausdynastie Wertheim, der sich bis an die Werra verfolgen lässt – oder auch international von sich reden. Zu nennen ist hier vor allem Israel Beer Josaphat,

besser bekannt als Julius Paul Reuter und Gründer des gleichnamigen Telegraphenbüros, dessen Wurzeln ebenfalls hier verortet werden können.

Dies ist ganz kurz gefasst die eine Seite des jüdischen Lebens in Witzenhausen. Dann gibt es aber auch noch den Antisemitismus, der beileibe keine Erfindung der Nazis war und ebenso wenig – wie besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit oft und gern von vielen Witzenhäusern als Schutz behauptet wurde – von den Kolonialschülern ins ach so beschauliche und tolerante Werrastädtchen gebracht wurde.

Wie stark der Antisemitismus in unserer Region schon lange vor der NS – Gewaltherrschaft tatsächlich war, zeigen die Ergebnisse der Reichstagswahlen der Jahre 1893/1894 und 1904 bis 1912. Alle diese Urnengänge sahen die Kandidaten des politischen Antisemitismus als direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Witzenhausen – Eschwege – Schmalkalden in den Berliner Reichstag ein-



*Gebäude der Synagoge mit Straßenschild*

**Zur Stichwahl!**

Wir fordern Alle, die in der Hauptwahl für unsern Kandidaten, Herrn v. Christen, gestimmt haben, hiermit dringend auf, in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie geschlossen zusammenzutreten, und daher am 1. März ihre Stimme zu geben dem

**Kandidaten der deutsch-sozialen Partei**

Herrn

**Friedr. Raab**

**aus Hamburg.**

**Das Wahlkomitee der vereinigten konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Parteien.**

Anzeige mit Wahlauf Ruf von Friedrich Raab

ziehen – ein frühes dunkles Kapitel der regionalen Geschichte. Und dies ganz besonders, wenn man bedenkt, dass die Antisemiten ohne jegliche Berührungsängste – im Gegenteil! – in den jeweiligen Stichwahlen immer massiv von der sog. „bürgerlichen Mitte“ gegen die Kandidaten der SPD unterstützt worden sind.

Im Gegensatz zu dem, was über die Juden nach 1933 und vor allem nach den Pogromnächten des November 1938 hereinbrach, war der hier erwähnte frühe Antisemitismus allerdings bloß ein zaghafter Auftakt. Mit den wüsten Exzessen der November – Pogrome 1938 erreichte die Judenverfolgung in Deutschland historisch gesehen eine neue Dimension.

## Zurück zur Akte

Und damit sind wir nun auch wieder bei „Ruheakte 1913“. Auf 1061 Blatt Papier wird hier – das letzte Aktenblatt datiert vom 9. Februar 1945 – der Leidensweg der Witzenhäu-

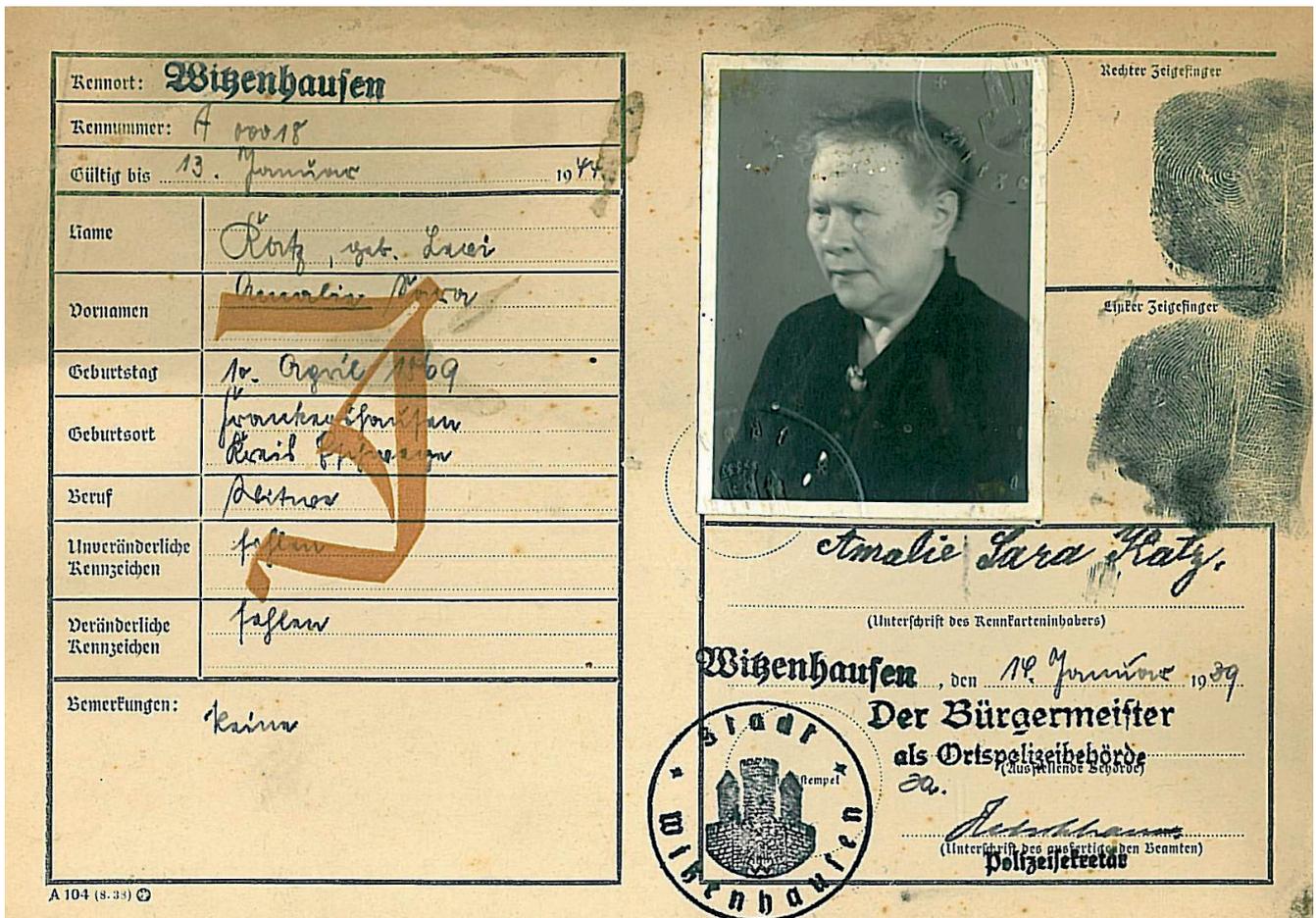
ser Juden in all seinen ungeheuerlichen Einzelheiten dokumentiert. Zwar hatte es schon seit 1933 immer wieder einmal vereinzelte örtliche Gewaltaktionen gegen jüdische Mitbürger gegeben, aber der Schwerpunkt des staatlich gelenkten und forcierten Antisemitismus lag noch auf der Ausschaltung der jüdischen Mitbürger aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und hatte das Ziel, ihnen das Leben in Deutschland so zu erschweren, dass sie von sich aus das Land verlassen würden.

So gab es z. B. Berufsverbote gegen jüdische Ärzte und Anwälte sowie Boykotte und Schikanen gegen jüdische Geschäftsleute und seit den sog. „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 waren Juden nur noch Staatsbürger 2. Klasse. Nach einer kurzen Phase der Rücknahme des antisemitischen Drucks aufgrund der olympischen Spiele 1936 erreichte dieser nach dem sog. „Anschluss“ Österreichs und der Annexion des Sudetenlandes in der zweiten Jahreshälfte 1938 eine neue Dimension. Ab dem Sommer 1938 mussten alle Juden die Zusatzvornamen Sara oder Israel führen und seit Oktober 1938 gab es besonders markierte Kennkarten mit einem roten „J“.

Insgesamt hat es während der NS – Herrschaft mehr als 2000 antisemitische Gesetze und Verordnungen gegeben – die überwiegende Mehrzahl davon nach dem 9. November 1938. In diesem Rahmen kann diese ungeheure Flut an diskriminierenden Gesetzen und Verordnungen in ihrer Gesamtheit weder aufgeführt noch behandelt werden – aus der hier vorliegenden Akte sollen deshalb nur schlaglichtartig einige wenige Beispiele herangezogen werden.

Ich habe mich in der Auswahl der Themen davon leiten lassen, nicht nur das Bekannte und deshalb auch häufig Zitierte ein weiteres Mal zu beleuchten, sondern den für die jüdischen Witzenhäuser immer wiederkehrenden, qualvollen und nicht minder entsetzlichen Alltag aufzuzeigen.

Die Zahl der Entrechtungsmaßnahmen gegen die Juden war fast endlos. Sie wurden



Kennkarte von Amalie Katz

Schritt für Schritt von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, aus Krankenhäusern, Apotheken und Ausbildungsstätten vertrieben, wurde ihnen zudem alles genommen, was das ganz normale Leben ausmachte. Hinzu kam die menschliche Ächtung und Ausgrenzung durch diejenigen, die bislang ihre Mitmenschen, Nachbarn und Freunde gewesen waren – oder zumindest so taten, es zu sein.

Hinzu kamen die Berufsverbote, die vielen jüdischen Familien die physischen Existenzgrundlagen raubten. So habe ich mich schwerpunktmäßig mit einigen der direkten Folgen der Pogromnächte, der Verschärfung der staatlichen Repression bis zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und Geschehnissen im Vorfeld der Deportationen beschäftigt. Auch hier gilt die oben getroffene Einschränkung der Auswahl – es ist den „Witzenhäusern jüdischen Glaubens“ von ihren „christlichen“ Mitmenschen einfach zu viel

angetan worden, um alles hier zu dokumentieren.

### Pogrom und Folgen

Bereits wenige Tage nach den Pogromen war klar, dass die jüdische Gemeinde in Witzenhäusen als solche keine Zukunft mehr haben würde. Am 14. November kam die Anweisung der Gestapo Kassel, dass „von einem Wiederaufbau zerstörter oder ausgebrannter Synagogen auf jeden Fall abzusehen“ ist.

Die Drangsalierung auf allen Ebenen nahm fast täglich weiter zu. Nachdem bereits am 8. November die Kreissparkasse Witzenhäusen der Stadtverwaltung eine „Aufstellung der Juden – Konten“ hatte zukommen lassen, kündigte die Bank Anfang Dezember abrupt alle Hypotheken und „sonstigen Verpflichtungen“ ihrer jüdischen Kunden – nicht nur

wohl wissend, sondern bewusst kalkulierend, dass damit deren materielle Existenz mehr als nur gefährdet war.

Dieses Geschäftsgebaren des kommunalen Geldinstitutes – auch damals schon war der Landrat oberster Chef der Bank – stand in engem Kontext mit der Durchführung der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938, deren zügige Umsetzung im Kreis Witzzenhausen vom Landrat am 7. Dezember eingefordert wurde.

Wie schon erwähnt, durfte die Synagoge nicht wieder aufgebaut werden – die Kosten für Abbruch- und Aufräumarbeiten übernahm aber nicht etwa die öffentliche Hand, sondern wurde den Opfern auferlegt, der Witzzenhäuser Synagogengemeinde – und laut Aktenblatt 289 „[...] sind die Inhaber der jüdischen Geschäfte mündlich aufzufordern, ihre infolge der am 9. November 1938 erfolgten Ausschreitungen zerstürmten Fensterscheiben wieder in Ordnung zu bringen.“

Am 7. Dezember 1938 wurden die Führerscheine der Witzzenhäuser Juden eingezogen und auch die „Arisierung“ jüdischen Haus- und Grundbesitzes wurde mit aller Vehemenz vorangetrieben. Es sollte schnell gehen, und es ging schnell: Verkauft wurden bis zum Jahreswechsel:

- a) Haus Brückenstraße 9 von Salomon Nussbaum an Sattlermeister Christian Jaeger
- b) Haus Brückenstraße 6 von Moses Katz Erben an Schlachtermeister Peter Gerhardt
- c) Haus Brückenstraße 16 von Moses Kugelmann an Kaufmann Adolf Brandt
- d) Haus Brückenstraße 11 von Johanna Winterberg an Schlachtermeister Rudolf Barth
- d) Haus Südbahnhofstraße 7 von Fam. Hecht an Steuerwachtmeister Jakob Brundig

Alle Häuser wohlgemerkt nicht zum marktüblichen Preis, sondern zum steuerlichen Einheitswert. Aber selbst dieser war einigen der Arisierer noch zu hoch, wie das Beispiel des Hauses Brückenstraße 13 zeigt. Unbedingt haben wollte dies der Möbelfabrikant Carl Jaeger, der im Zuge der Verhandlungen natürlich seine Kontakte spielen ließ und als alter „PG“ die NSDAP – Kreisleitung vor seinen Karren spannte.

Grund für dieses Schreiben war, dass Jaeger den vom Hausbesitzer Sally Nathan geforderten Preis von 20.000 Mark nicht zu zahlen bereit war – also wurden kurzerhand Partei und Stadtverwaltung eingespannt und Nathan unter massiven Druck gesetzt, wie das Eingreifen des ehemaligen NSDAP – Ortsgruppenleiters und jetzigen Bürgermeisters Kolckhorst vom 20. Januar 1939 zeigt.

Verfg. Witzzenh. 24/1238 307

1.) An den Herrn Landrat,  
hier.

Betr.: Gewerbebetriebe der Juden.  
Verfg. vom 7.12.1938, L 3272/ 2293 (Gr).

Folgende in Witzzenhausen bestehenden jüdischen Geschäfte pp. werden durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Deutschen Wirtschaftsleben betroffen:

- 1.) Levi Kugelmann, Inh. S. Stockhausen, *11.12.38 4.57.30*
2. Salomon Kugelmann, Inh. Julius & A. Kugelmann,
3. Moses Kugelmann, Inh. Leopold Kugelmann,
4. Markus Verständig,
5. Salli Nathan,
6. Oppenheim & Nußbaum, Inh. Hermann Katzenstein,
7. Moritz Katz jur.,
8. Max Steinhardt,
9. Hermann Trepp
10. Karl & Leopold Hecht,
11. Max Nathan.

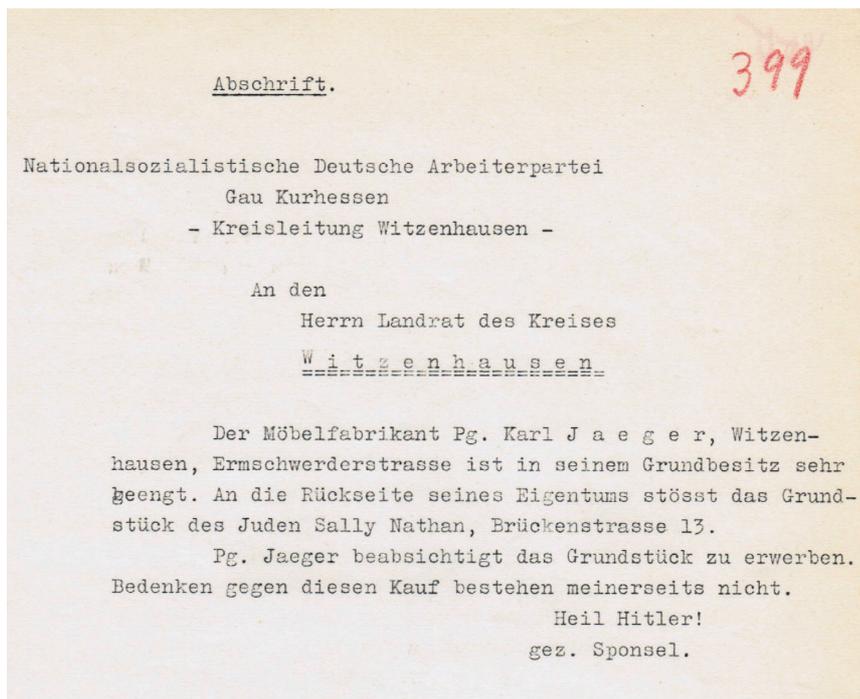
Von diesen Betrieben haben die zu 1 bis 7 Genannten noch Lagerbestände. Die Lagerbestandsnachweisung dieser Betriebe werden in der Anlage in je 2facher Ausfertigung beigelegt. Die zu 8 bis 11 Genannten haben lt. beiliegender Nachricht kein Warenlager pp mehr zu verzeichnen.

18 Anlagen.

2.) Zum Vorgang.

W., den 27. 12. 1938,  
Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Liste der zu schließenden jüdischen Geschäfte



### Schreiben des Kreisleiters

„Ich bitte daher“, heißt es auf Bl. 402 der Akte, „[...] beim Reg. Präsidenten eine Anordnung dahingehend erwirken zu wollen, dass dem Juden Sally Nathan aufgegeben wird, den [...] Grundbesitz an den Möbelfabrikanten Carl Jaeger binnen einer Frist von einem Monat zum Preis von 16.800 zu veräußern.“ Was natürlich auch so geschah.

Carl Jaeger ist einer von den frühen und engagierten Witzenhäuser Nationalsozialisten, die es nahtlos geschafft haben, Stellung und Einfluss im Witzenhausen der neuen Bundesrepublik Deutschland nicht nur zu behalten, sondern sogar auszuweiten. Auch daran sollte man vielleicht einmal denken, wenn man das Schild „Carl-Jaeger-Weg“ sieht.

Im März 1939 wurde der organisierte Raub des Systems an den Juden immer offenkundiger: Wie anders als „staatlich sanktionierten Raub“ kann man eine Verfügung bezeichnen, die die Ablieferung sämtlichen privaten Schmucks verlangt?

Dabei blieb es nicht. Neben den materiellen Werten entzog man den Menschen (Verfügung vom 18. April 1939) auch noch ihre letzten verbliebenen religiösen Kultgegenstände sowie ihre historische Identität: Die

Synagogengemeinde wurde angewiesen, alle noch übrigen Kultgegenstände sowie sämtliches Schrift- und Archivgut der Gestapo in Kassel auszuhändigen.

### Denunziationen

An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich auf den praktisch allgegenwärtigen immensen Druck hingewiesen, den die nationalsozialistischen Aktivisten auf die Witzenhäuser jüdischen Glaubens in allen Bereichen des täglichen Lebens ausübten – aber nicht nur auf diese. Es

gab nämlich – glücklicherweise muss man sagen – in Witzenhausen nicht nur radikale NS-Aktivisten, sondern auch dem System deutlich distanzierter gegenüber stehende Mitmenschen – und auch diese waren mitunter gefährlichem Druck ausgesetzt.

Beispielhaft dafür mag eine Begebenheit stehen, die sich am 9. November 1938 am Rande des Pogromgeschehens in der Steinstraße abspielte. Im Laufe des Tages, als die Synagoge zwar schon verwüstet und geplündert, aber noch nicht in Brand gesetzt worden war, zog das Areal am Steintor zahlreiche Schaulustige fast magisch an. Natürlich drehten sich alle dortigen Gespräche um die Geschehnisse in der vorherigen Nacht – und eine dieser Unterhaltungen blieb nicht ohne Folgen.

Einige Tage später, am 12. November, erschien nämlich der 25jährige SA-Truppführer Hermann Heldmann auf der Polizeistation im Rathaus und gab über ein Gespräch des Lehrers Wilhelm Windemuth mit seiner (Heldmanns) Mutter und Schwester vor der aufgebrochenen und demolierten Synagoge Folgendes zu Protokoll: „Sie [gemeint sind Mutter und Schwester] und Windemuth hätten sich die Verwüstungen

bei den jüdischen Gebäuden angesehen.“ Bei dieser Gelegenheit hätte sich Windemuth in abfälliger Weise über diese Vorkommnisse geäußert. „Ist das das neue Deutschland?“

Nach weiterem Wortwechsel waren lt. Heldmanns Aussage seine Mutter und Schwester außerordentlich empört darüber, dass ein Lehrer, der als Erzieher seinen Dienst machen soll, derartige Äußerungen macht. „Von diesen Vorkommnissen habe ich sofort dem Obersturmführer Kaufhold und dem Obersturbannführer Köhler als meinen direkten Vorgesetzten mündlich Meldung gemacht. Meine Familie ist mit der Familie Windemuth befreundet und ich bitte daher meine Aussage als vertraulich zu behandeln“ – im Klartext: Ohne dabei gewesen zu sein, hatte hier der SA-Truppführer Hermann Heldmann einen Freund der Familie wegen etwas kritischerer Aussagen zu den Pogromen bei der Polizei denunziert. Natürlich wurde daraufhin Lehrer Windemuth einbestellt und verhört, wobei mögliche Repressalien gegen ihn aus dieser Akte nicht ersichtlich sind.

Ein Wort noch zu dem „Anzeiger“: Besagter Hermann Heldmann (PG seit 1932) ist später verdächtigt worden, einer der Synagogen-Brandstifter gewesen zu sein, was aber lt. Spruchkammer-Protokoll „glaubhaft widerlegt“ worden ist. Apropos Spruchkammer: Hier wurde Heldmann erst als „[...] überzeugter Nationalsozialist mit aktivem Einschlag“ klassifiziert, dann aber nach erfolgreicher Berufung nicht als Aktivist, sondern nur noch als sog. „Minderbelasteter“ verurteilt und zwar zu einem Jahr Bewährungsfrist und 500 RM Geldstrafe.

Später betrieb Heldmann als Schwiegersohn des Kaufmanns Friedrich Bretthauer – ebenfalls alter PG, führendes Mitglied im NS-Gemeinderat, Arisierer des Kugelmannhauses Walburgerstraße 30 ein Spielwarengeschäft. Beide, Friedrich Bretthauer und Hermann Heldmann, waren nach ihrer aktiven und hervorgehobenen Beteiligung am NS-Unrechtssystem im Witzenhausen der späteren Bundesrepublik hoch angesehen. Insbesondere Hermann

Heldmann erfreute sich eines ausgezeichneten Rufes und war u. a. lange Jahre Vorsitzender der Witzenhäuser Turngemeinde.

Der bereits oben erwähnte Carl Jaeger war also beileibe kein Einzelfall.

Wenn sich schon nicht ganz systemkonforme „arische“ Witzenhäuser wie Lehrer Windemuth vor Denunziationen tunlichst in Acht zu nehmen hatten, wie erst musste es dann den jüdischen Mitbürgern gehen? Auch hierfür gibt es in dieser Akte mehrere Vorgänge, von denen ich Ihnen einen aus dem November 1941 hier in gebotener Kürze schildern möchte.

Am 12. November protokolliert Pol. Meister Fritze, dass „[...] zwischen 9 und 10 Uhr Unterzeichneter von verschiedenen Einwohnern der Stadt Witzenhausen darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Jüdinnen Paula Sara Kugelmann und Adele Sara Nathan zwei schwere Pakete zum Postamt gebracht haben.“ Der, ich nenne es einmal Hinweis, der „verschiedenen“ Einwohner setzte natürlich die Staatsmacht in Gestalt der Polizei in Bewegung.

Die beiden Frauen wurden verhaftet, die Pakete geöffnet und durchsucht. Ihr Inhalt bestand aus mehreren Kleidungsstücken, die als Geschenk an eine Adresse in Berlin versendet werden sollten. Für die Fritze und Co. war die Sachlage klar: Die beiden Frauen wollten in Berlin bezugscheinpflichtige „Hamsterware“ illegal verkaufen und alle Beteuerungen, dass besagte Kleidungsstücke – die penibel zusammengestellte Liste ist Bestandteil dieser Akte – aus dem ehemaligen Kugelmannschen Geschäft stammten (die Initialen waren sogar noch sichtbar), fruchteten nichts. Da der erste Deportationstermin ohnehin unmittelbar bevorstand, wurden die Frauen nicht weiter belangt.

## Entzug elementarer Lebensgrundlagen

Gehen wir noch einmal zurück ins Jahr 1939. Am 4. Mai wurde das „Gesetz über Mietver-

hältnisse mit Juden“ (Bl. 611) in Kraft gesetzt, das die Witzenhäuser Betroffenen in wenige sog. „Judenhäuser“ zusammenpferchte. Ein Vermieter wie der Schlossermeister Heinrich Förster (Bohlenbrücke), der sich davon offenbar nicht beeindruckt ließ, bekam vom Bürgermeister folgende Zeilen geschickt: „In Übereinstimmung mit der Ortsgruppenleitung der NSDAP teile ich Ihnen mit, dass es nicht verstanden wird, dass heute noch ein Jude in Ihrem Hause eine 6 – Zimmerwohnung bewohnt“.

Am 16. Juni kam die Verfügung, die es verbot, dass sich „Juden in Bädern und Kurorten“ aufhalten dürfen. Am 21. September wurden dann sämtliche Rundfunkapparate von der Gestapo Kassel eingezogen „[...] die Juden in Deutschland sollen von selbständigem Rundfunkempfang ausgegeschlossen werden“. Ausgeschlossen bzw. fast zu 100 Prozent ihrer Freizügigkeit beraubt wurden sie auch bei der Verrichtung elementarster Lebensbedürfnisse wie dem Einkauf von Lebensmitteln.

Verfügt wurde dies am 17. September 1939 durch die Gestapo Kassel per Runderlass: „Keinem Deutschen kann zugemutet werden, sich mit Juden zusammen vor einem Geschäft anzustellen.“ Den Juden sollten bestimmte Geschäfte für Ihre Einkäufe zugewiesen werden und die Stadt, bei der die Verfügung am 20. September einging, hatte für die Umsetzung zu sorgen. Gleichzeitig sollte „[...] eine Durchsuchung nach Hamsterwaren“ durchgeführt werden. „Sollte ein Jude“, so heißt es dann weiter, „[...] im Besitz von Hamsterwaren sein, so sind diese zu beschlagnahmen und er selbst bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen.“

### **Davon haben wir nichts gewusst?**

In Witzenhausen wurde dieser Erlass prompt umgesetzt und noch am gleichen Tag die geforderte Durchsuchung bei den ehemaligen Geschäftsleuten Siegmund Stockhausen und

Julius Kugelmann durchgeführt. Die letzten Reste des ehemaligen Lagerbestandes ihrer mittlerweile geschlossenen Geschäfte wurden – wie nicht anders zu erwarten – als Hamsterware deklariert und beschlagnahmt. Beide Männer wurden verhaftet.

Beim genaueren Hinsehen offenbart dieser Bericht (Blatt 548 der Akte) ein ebenso überraschendes wie verstörendes Detail. Diese Durchsuchung und Verhaftung wurde nämlich nicht nur von drei örtlichen Polizeibeamten durchgeführt, sondern auch mittels tatkräftiger Unterstützung der Witzenhäuser Freiwilligen Feuerwehr.

Ich zitiere Polizeimeister Fritze: „An der Durchsuchung waren beteiligt: Brandmeister Zindel, Löschmeister Käckell und Kellner. Als Einzelposten zur Abriegelung der Judenhäuser wurden Oberfeuerwehrmann Louis Hartmann, Feuerwehrmänner Klenke, Diercksen, Sperling, Degenhardt, Breiding und Scharf verwandt.“ An dieser Stelle überlasse ich jedem einzelnen Leser die Bewertung des Geschehens.

Eines dürfte aber dadurch offenkundig sein: Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger in Witzenhausen war keineswegs nur auf die staatlichen Organe und die unmittelbaren Parteiaktivisten beschränkt, sondern wurde auch getragen von den vielen willfähigen Unterstützern aus „der Mitte der Bürgerschaft“.

Zurück zur Verfügung über die Lebensmittelgeschäfte. Auch diese Diskriminierung war anscheinend noch nicht genug, denn am 24. Juni 1940 wird folgende Vorlage auf Initiative des NSDAP-Ortsgruppenleiters Dr. Pfalzgraf beschlossen: „[...] die Juden würden in den Lebensmittelgeschäften, insbesondere in den Gärtereien bevorzugt bedient werden, indem sie von dem frischen Gemüse stets die besten ihnen gefallenden Waren kaufen. Er bittet, dass die Einkaufszeit für die Juden auf 14–15 Uhr verlegt wird.“ So „gebeten“, so getan: Nunmehr durften die Witzenhäuser Juden erst nach ihren arischen Mitbürgern einkaufen.

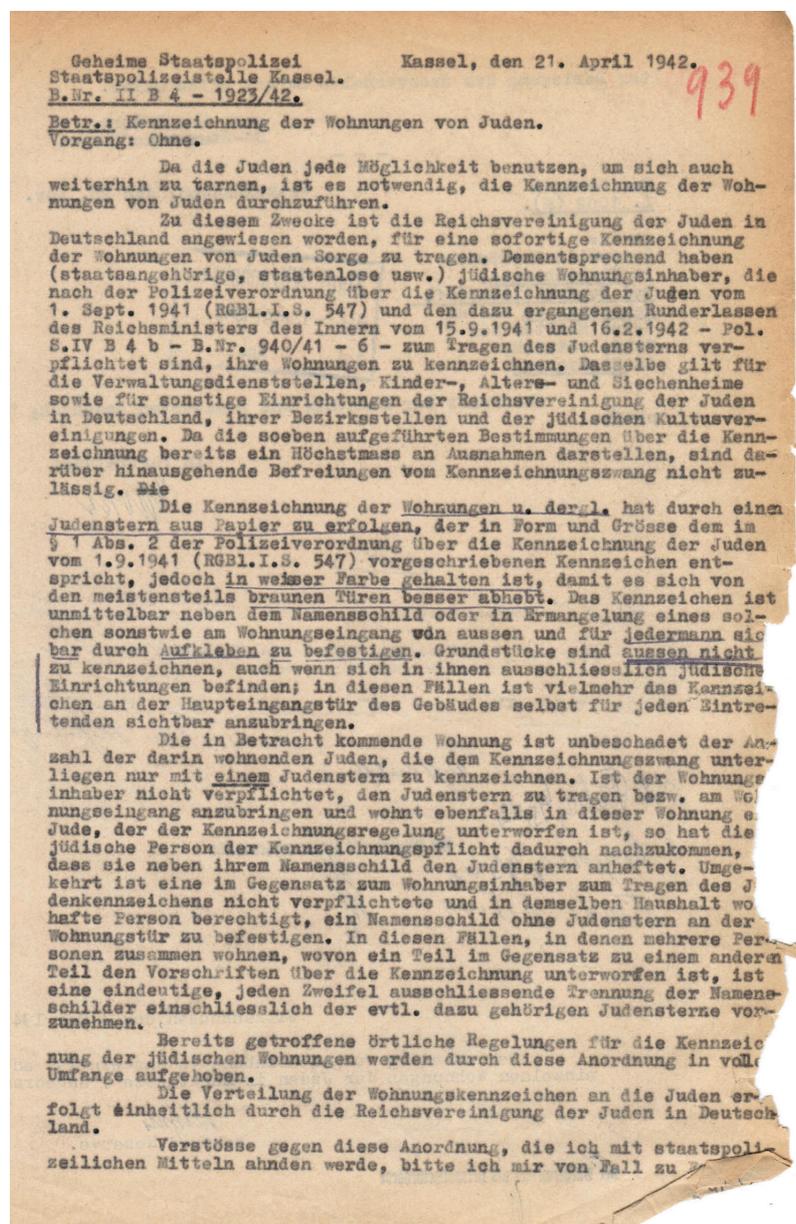
## Ende mit noch mehr Schrecken

An dieser Stelle möchte ich auf weitere Beispiele verzichten, auch wenn noch eine Vielzahl weiterer Details der die Menschenrechte und -würde Hohn sprechenden Akte von Verfolgung, Unterdrückung und Diskriminierung dokumentiert sind.

Lassen Sie mich nur noch einige wenige dieser „Verfügungen“ und „Erlasse“ kurz auf-führen:

- Am 24. Januar 1941 wurde verfügt, dass die jüdische Gemeinde ihren Luftschutzraum selbst anlegen muss / Ausgang nach 20 Uhr ist für Juden verboten.
- Am 1. September 1941 trat die „Verordnung über die Kennzeichnung von Juden“ ,der sog. Judenstern“ (Bl. 775) in Kraft, im Oktober des gleichen Jahres die Anweisung über Meldung und „Einziehung“ noch vorhandener Schreibmaschinen (ab Bl. 835).
- Am 2. April 1942 dann die Verfügung über „Die Kennzeichnung der Wohnungen von Juden“ (Bl. 939) und am 6. Juni 1942 das Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden (Bl.781).
- Zwei Tage später, am 8. Juni 1942 dann die „Verfügung über die „Bedienung von Juden durch Friseure“ (Bl. 955) aus der ich folgendes zitiere: „Den gekennzeichneten Juden ist es unter Androhung staatspolizeilicher Maßnahmen untersagt, künftighin noch Friseure – entweder im Ladengeschäft, in Wohnungen oder sonst wie – in Anspruch zu nehmen“.

- Ende Juli 1942 folgte die Erfassung von Pelzen bei Juden (Bl.965) und Anfang Oktober 1942, also einen Monat nachdem die letzten Witzenhäuser jüdischen Glaubens deportiert worden waren, die – wie anfangs schon kurz erwähnt – Erfassung und Verwertung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Fotoapparaten und Ferngläsern bei Juden (Bl. 967). „Aus Judenbeständen sind dem Finanzamt 9 Fahrräder überliefert worden, die zu Gunsten des Reiches zu verwerten sind.“ Zum Schluss noch ein kurzer Blick auf die erste, die große Deportation vom 8. Dezem-



Verfügung betreffend das Tragen des Judensterns



*Hermann Katzenstein: Sein Herrenrad Marke „Westfalia“ wurde auf 5,- Reichsmark taxiert*

ber 1941, die in dieser Akte ausführlich dokumentiert ist (Bl. 853 ff.). Die Gepäckstücke der Opfer wurden bereits am Samstag den 6. Dezember in einen dafür extra bereitgestellten Waggon auf den Bahnhof verbracht und für Montag, den 8. Dezember, den eigentlichen Deportationstag, wurde folgender Ablaufplan erstellt:

- 5:00 Uhr: Alle „Umsiedler“ finden sich im Haus Marktgasse 7 ein, dann Regis-

trierung im Rathaus und Fußweg zum Bahnhof mit Polizeibewachung

- 6:29 Uhr: Abfahrt des Zuges nach Kassel. In Kassel-HBF „Übergabe“ der Witzenhäuser Deportierten durch den Polizeimeister Fritze an die Gestapo.

Um die noch von jüdischen Bürgern bewohnten Wohnungen in den Häusern Brückenstraße 8 und Walburgerstraße 8 frei zu bekommen, mussten folgende Familien nach dem 8. Dezember 1941 in die Marktgasse 7 umziehen:

- a) aus dem Haus Walburgerstraße 8 Karl Hecht / Johanna Tannenbaum, geb. Rosenberg
- b) aus dem Haus Brückenstraße 8 David Grünbaum

Mit den „Umsiedlungstransporten“ der Jahre 1941/42 endete die über 500jährige Geschichte der jüdischen Gemeinde in Witzenhausen. In insgesamt drei Transporten wurden die noch verbliebenen 59 jüdischen Mitbürger am 8. Dezember 1941 (43 Personen) und am 7. bzw. 24. September 1942 (15 Personen bzw. 1 Person) zuerst nach Kassel, dann nach Riga und Theresienstadt und von dort in die Vernichtungslager deportiert.

Das Ende ist bekannt.

#### *Anmerkungen*

- <sup>1</sup> Textfassung eines Vortrags, gehalten am 15. November 2018 im Rathaussaal in Witzenhausen.